

Jenseits von Markt und Staat*

Dr. Karl Lauschke, geb. 1950 in Gelsenkirchen, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Philosophie in Marburg, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz-Hüser-Institut für Arbeiterliteratur in Dortmund.

Dr. Klaus-W. West, geb. 1956 in Gladbeck, Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Philosophie in Berlin, Amsterdam und Paris, ist Referatsleiter in der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstands.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik befindet sich in einem ebenso grundlegenden wie umfassenden Umbruch, dessen langfristige Folgen sich vorerst nur schemenhaft abzeichnen, die aber gleichwohl auch die Gewerkschaften zwingen umzudenken, sich von gewohnten, lieb gewordenen, aber mittlerweile überholten Vorstellungen zu trennen und neue, unkonventionelle Wege zu beschreiten - auch wenn deren Ausgang ungewiß ist.

Nicht erst seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, der Öffnung der osteuropäischen Länder und der deutschen Vereinigung haben sich die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen tiefgreifend verändert, die Formen des gesellschaftlichen Lebens deutlich gewandelt. Die Globalisierung der Märkte und Wirtschaftsbeziehungen ist in den zurückliegenden Jahren noch stärker vorangeschritten, und in dem Maße, wie die Konzerne ihre weltweite Zusammenarbeit ausgebaut und intensiviert haben, ist auch die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaften von den internationalen Finanz- und Devisenmärkten gewachsen. Staatliche Interventions- und Steuerungsmaßnahmen, sei es auf dem Arbeitsmarkt, sei es zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts oder in der Förderung fortgeschrittener Technologien, werden unter diesen Umständen konterkariert. Kein einzelnes Machtzentrum ist offensichtlich stark genug, die vielfältigen Prozesse und Entwicklungen in seinem Sinne zu bündeln, zu lenken und zu kontrollieren. Zu komplex, unübersichtlich und turbulent sind offenbar die Ver-

* Peter Kühne zum 60. Geburtstag gewidmet.

hältnisse, als daß sie von einem oder auch mehreren, miteinander verbündeten Akteuren vorausschauend und zielgerichtet gestaltet werden könnten. Im Gegenteil scheinen die Regierungen der weltwirtschaftlichen Dynamik gegenüber trotz aller Absprachen, Kooperationsbemühungen und konzentrierten Aktionen ohnmächtig zu sein, und je wirtschaftsliberaler sie sich gebärden, desto mehr berauben sie sich auch noch selbst der wenigen, ihnen verbliebenen Macht.

Der Prozeß der Tertiarisierung, also der Wandel von einer Produktions- in eine Dienstleistungsgesellschaft, schreitet weiter voran, Struktur und Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ändern sich, und durch den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien werden immer mehr Arbeitsprozesse in einem bislang ungeahnten Ausmaß rationalisiert, flexibilisiert und „verschlankt“. Dabei gibt es Gewinner wie Verlierer, sowohl auf selten der Unternehmer als auch unter den Beschäftigten. Gewachsene soziale Strukturen, zentralistische Organisationsformen und mehrstufige Hierarchien in den Betrieben und Verwaltungen brechen auf und werden in zunehmendem Maße durch dezentrale Produktionseinheiten und größere autonome Gestaltungsspielräume einzelner Arbeitnehmergruppen verdrängt. Neue, auf aktive Beteiligung gründende Formen betrieblicher Integration treten an die Stelle herkömmlicher, mehr oder weniger restriktiver Fabrikregimes. Alte Berufsbilder verschwinden, neue entstehen, und die einmal erlernten Qualifikationen halten kaum noch ein ganzes Arbeitsleben vor. Langfristige biographische Entwürfe, stabile, gesicherte Perspektiven haben kein Fundament mehr. Die Beschäftigten müssen sich immer wieder umstellen und Neues hinzulernen, wollen sie nicht arbeitslos werden und Gefahr laufen, ganz aus dem Erwerbsleben herauszufallen. In dem Maße, wie sich dabei stärker individuelle Orientierungen durchsetzen, zerfallen zugleich die traditionellen, Geborgenheit bietenden sozialen Milieus. Das läßt auch die Gewerkschaften nicht unberührt; sie verlieren nicht nur an gesellschaftlichem Einfluß zur Durchsetzung ihrer Interessen, sondern auch die Organisationsbereitschaft der abhängig Beschäftigten wird prekärer, und damit droht die soziale Basis der Gewerkschaften zu erodieren.

Gewohnte Sicherheiten schwinden, scheinbar Selbstverständliches wird in Frage gestellt, und Zukunftsängste machen sich breit. Selbst wenn die Wirtschaft boomt, wird der inzwischen erreichte Sockel arbeitssuchender Menschen kaum merklich abgebaut. Die Massenarbeitslosigkeit ist im Gegenteil zu einem festen Bestandteil nicht nur der Bundesrepublik, sondern europaweit geworden, und verlässliche politische Rezepte zu ihrer Überwindung sind anscheinend gegenwärtig nicht zu haben. Man hat sich offenbar damit abgefunden, mit diesem gesellschaftlichen Skandal zu leben. Die Zweiteilung der Gesellschaft in diejenigen, die einer erwerbsmäßigen Arbeit nachgehen und sich auf diese Weise einen gewissen Lebensstandard sichern können, und diejenigen, die aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt werden und deshalb auf die Hilfe anderer angewiesen sind, wird weiter zementiert. Mit Hinweis auf

die enger werdenden öffentlichen Finanzen wird gleichzeitig das soziale Netz, das gerade in Zeiten der Not den Schwachen und Bedürftigen Schutz bieten soll, gelockert. Anstatt die soziale Ungleichheit wohlfahrtsstaatlich aufzufangen und in ihrem Konfliktpotential zu entschärfen, wird sie im Gegenteil noch verstärkt und durch regionale Ungleichheiten, also durch die Abkopplung ganzer benachteiligter Regionen von der wirtschaftlichen Dynamik und ihre Marginalisierung, vertieft. Die Erscheinungen gesellschaftlicher Desintegration nehmen zu und belasten die Stabilität des politisch-parlamentarischen Systems. Heilslehren, die einfache, autoritäre Lösungen versprechen und nationale Größe oder rassistische Überlegenheit predigen, gewinnen an Boden.

In der Bundesrepublik entstehen gesellschaftliche Verhältnisse, die an alte, überwunden geglaubte Zeiten mahnen und die Vergangenheit wieder heraufzubeschwören scheinen. Viele fühlen sich an die Erschütterungen durch die Weltwirtschaftskrise und an die Brüning'sche Notverordnungs politik erinnert, und hinter nationalistischen, fremdenfeindlichen Strömungen sehen nicht wenige alte faschistische Gefahren lauern, die bei denjenigen, die ent wurzelt und sozial ausgegrenzt sind, immer mehr Rückhalt finden. Auch wenn sich die Geschichte nicht wiederholt, scheinen die historischen Parallelen doch unverkennbar zu sein.

Man muß mit der Zeit gehen, aber man muß sie nicht lieben

So naheliegend Vergleiche mit den zwanziger und dreißiger Jahren sind und so gerne sie angeführt werden, um im Interesse friedlichen und demokratischen Zusammenlebens den pädagogisch-moralischen Zeigefinger zu erheben, so problematisch sind solche historischen Analogieschlüsse jedoch. Sie verstellen nicht selten den Blick auf das, was neu und anders ist, und suggerieren bereits Verständnis, ja Gewißheit, wo wirkliche Erklärungen noch ausstehen und die Arbeit der Gedanken erst einzusetzen hat. Sie sperren sich einer Einsicht, die - wie bei Peter Weiss nachzulesen ist — auch Brecht veranlaßt hat, bei seiner Suche nach politischen Orientierungen im schwedischen Exil nicht krampfhaft an seinen historischen Werkvorlagen festzuhalten, der Einsicht nämlich, „daß jene Modelle ihrer eignen geschichtlichen Gesetzmäßigkeit unterstanden und uns über unsre Krisensituation nicht hinweghelfen konnten.“¹ Historisch gesättigtes Denken vermag zwar vor flinken Erklärungen und flotten Heilsversprechen zu schützen, aber zweckrational verwertbares Handlungswissen, was und wie etwas zu tun sei, stellt es auch nicht bereit, denn jeder Abschnitt der Geschichte ist einzigartig und nur bedingt mit anderen zu vergleichen.

Abgegriffene, vergangenen Epochen entlehnte Formeln und Deutungsmuster, wie der häufige Hinweis auf die Weimarer Krisenjahre, verfehlen die veränderten Verhältnisse ebenso, wie ihnen ein Neuaufguß alter Rezepte, etwa keynesianisch inspirierter Wirtschaftsprogramme, in keiner Weise mehr gerecht wird. Sie stellen keine angemessene Antwort auf die gegenwärtigen

¹ Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Zweiter Band, Frankfurt/M. 1978, S. 257.

Probleme dar und bilden deshalb auch keine wirkliche, politisch umsetzbare Alternative. Sie halten an einem alten gesellschaftlichen Modell fest, dessen Grundlagen sich mittlerweile zersetzt haben und das neuen, wesentlich veränderten Strukturen Platz zu machen beginnt, wie auch immer sie bezeichnet werden, sei es als „Postmoderne“, als „Postfordismus“ oder sei es mit irgend-einer anderen Begrifflichkeit.² Bereits vor nunmehr zehn Jahren war Burkart Lutz mit Hinweis darauf, daß sich die europäische Nachkriegsprosperität einer historisch ganz einmaligen, unwiederholbaren Konstellation verdankt, zu dem Schluß gekommen: „Jeder Versuch, den Wachstumsmotor durch in der Vergangenheit bewährte Politiken, durch Rückkehr zu früheren Verhältnissen wieder anspringen zu lassen, ist zum Scheitern verurteilt. Nichts rechtfertigt das Vertrauen darauf, daß gewissermaßen ‚hinter der nächsten Straßenecke‘ eine neue Prosperität auf uns warten würde, und daß es nur darauf ankäme, den Marktkräften wieder mehr Raum zu schaffen oder auch noch einmal durch neue Haushaltsdefizite einen kräftigen Nachfragestoß zu geben, damit wir endgültig über den Berg kommen.“³

Vor dieser Entwicklung die Augen zu verschließen, signifikante Veränderungen als lediglich modische und daher nichtssagende Phänomene abzutun und zu ignorieren, drängte die Gewerkschaften immer stärker ins Abseits. Nur in dem Maße, wie die sich abzeichnenden, gesellschaftlichen Tendenzen, also zunehmende Flexibilisierung, betriebliche Differenzierung, dezentrale Problemregulierung, Entstaatlichung und Eigenverantwortung nicht rundheraus abgewehrt und als Angriff auf die eigene Existenz pauschal abgelehnt werden, können sie sich auch weiterhin als zukunftsweisende Kraft behaupten und vermeiden, als uraltes, eigentlich schon überlebtes Fossil angesehen zu werden: „Es ist die vergehende Industriegesellschaft, die sie verkörpern, deren Ehre sie hochhalten, als letzte.“⁴ In ihrer Unbeweglichkeit würden die Gewerkschaften unfähig zur Innovation und zur Gestaltung der Lebensverhältnisse, die ja „nicht als bloßes Verhängnis, sondern als Herausforderung“⁵ wahrzunehmen sind.

Neue gesellschaftliche Entwicklungstendenzen ernsthaft und gründlich zur Kenntnis zu nehmen, heißt auf der anderen Seite nicht, sie in der Form und dem Rahmen zu akzeptieren, in dem sie sich gegenwärtig zeigen. So falsch es ist, unbeirrt an einem gesellschaftlichen Auslaufmodell festzuhalten, so verkehrt ist es nicht weniger, sich geradewegs dem Zug der Zeit anzuschließen und den Prozeß gesellschaftlicher „Modernisierung“ bewundernd zu begleiten oder gar als (vorläufigen) Endpunkt der Geschichte zu feiern,

2 Vgl. als inzwischen schon klassische Entwürfe Joachim Hirsch/Roland Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986 oder Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986.

3 Burkart Lutz, *Der Wohlfahrtsstaat: Schon am Ende oder erst am Anfang*, in: GMH 6/1985, S. 321-333, hier S. 331; vgl. ders., *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/New York 1984.

4 Claus Koch, *Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft*, München/Wien 1995, S. 101.

5 Peter Kühne, *Einführung*, in: Peter Kühne/Klaus-W. West (Hrsg.), *Verlust der politischen Utopie in Europa?* 21. Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund, Berlin 1992, S. 15.

nachdem der real existierende Sozialismus gescheitert ist und es keine Alternative mehr zur liberal-demokratisch verfaßten, kapitalistischen Gesellschaft westlicher Prägung zu geben scheint. Utopien, gesellschaftliche Gegenentwürfe, Bilder und Vorstellungen alternativen Lebens, auch wenn sie in Verruf geraten sind, ja als gefährliche Illusionen gebrandmarkt werden, sind nach wie vor vonnöten und keine überflüssigen Gedankenspiele, die ablenken von der Lösung unmittelbar drängender Probleme.⁶ Der gegenwärtige Umbruchprozeß macht nicht schon von sich aus den Weg frei in eine bessere Zukunft, gleichsam als Verlängerung vorhandener Entwicklungstendenzen, sondern bietet lediglich Chancen, die erkannt, ergriffen und praktisch genutzt werden müssen; er enthält lediglich Potentiale, die sozialer Phantasie bedürfen, um als Richtschnur gewerkschaftlichen Handelns zu dienen, und, weit davon entfernt, wirklichkeitsfernen Träumen nachzujagen, schärft im Gegenteil erst utopisches Denken den Blick auf die Gegenwart, auf ihre konkreten Brüche, immanenten Widersprüche und realen Möglichkeiten. Gegenüber den Apologeten kapitalistischer Funktions- und Leistungsfähigkeit, die nach dem Scheitern des „realen“ Sozialismus nunmehr jede Utopie als gefährliche Illusion denunzieren, hat Wolf-Dieter Narr zu recht betont: „Je klarer und reflektierter aber solche Gegenbilder ausgeschaut werden, ohne zu fertigen, perfekten Mustern zu mißraten, desto besser und vernünftiger vermag Kritik auszufallen.“⁷

Die Zeiten haben sich geändert

Was macht es gegenwärtig so schwierig, die zahlreichen drängenden Probleme zu lösen? Warum greifen die bekannten, herkömmlichen Antworten und Konzepte in der Praxis nicht mehr? Welche gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sind dafür verantwortlich, daß die Gewerkschaften mit ihrem traditionellen Verständnis von Politik nicht mehr weiterkommen?

Eine Politik, die einzig und allein der Logik von Arbeit und Kapital folgt und weiterhin in einem verengten Lagerdenken verharret, das Betrieb und Gesellschaft fern säuberlich in zwei starre, klar voneinander abgrenzbare, antagonistische Klassen spaltet, bietet keinen erfolgversprechenden Ausweg aus der Krise. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind zu differenziert und die Problemlagen zu komplex, als daß ein Politikansatz die Gegenwart noch adäquat abbilden könnte, der eindimensional von einer bipolaren Vorstellung der Gesellschaft ausgeht. Weder die ökologische Zerstörungsdynamik noch patriarchalische Herrschaftsformen oder nationalistisch-rassistische Bewegungen lassen sich allein aus dem „Grundwiderspruch“ ableiten. Selbstverständlich ist das Verhältnis von Arbeit und Kapital, das damit gegebene Macht- und Herrschaftungleichgewicht und eine entsprechende Verteilung von Lebenschancen nicht außer Kraft gesetzt, aber es ist selbst keine Politik definierende, souveräne Instanz mehr. In Struktur, Inhalt und Form unter-

⁶ Richard Saage (Hrsg.). Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt 1992.

⁷ Wolf-Dieter Narr, Nach den Umbrüchen in Osteuropa - Verlust der politischen Utopie?, in: Peter Kühne/Klaus-W. West (Anm. 5), S. 37-51, hier S. 43.

liegt es selbst den Bedingungen, die von den neuen Arbeitsformen, der regionalen Ungleichheit oder der Massenarbeitslosigkeit ausgehen.

Genausowenig zukunftsfruchtig ist es, weiterhin am klassischen Wohlfahrtsstaat nach schwedischem Vorbild festzuhalten, der alle sozialen Härten weltweiter Modernisierung abzufedern vermag. Eine umfassende nationalstaatliche Gegensteuerung, die damit einherzugehen hätte, erscheint heute nicht mehr möglich,⁸ trotz aller Unterschiede in der Fähigkeit, sich noch begrenzte Freiräume gegenüber den Imperativen des Weltmarktes zu verschaffen. Aber nicht nur die Kraft des Sozialstaates, die Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen und seinen Bürgern ein auskömmliches Dasein zu sichern, hat nachgelassen. Der Sozialstaat droht auch fortlaufend perverse, seine eigenen Grundlagen zerstörende Effekte zu produzieren. In dem Vorhaben etwa, der Rezession in Westeuropa mit großen Programmen des Straßen- und Eisenbahnbaus zu begegnen, wird seine blinde Hilflosigkeit besonders deutlich: „Die Alpen, die im Zuge der Verkehrsvermehrung im Binnenmarkt in den nächsten fünfzehn Jahren um vierzig Prozent mehr Straßenverkehr als heute verkraften müssen, stehen zur Zerstörung ihrer Reste bereit.“⁹ Die Verfolgung solcher Programme erinnert an eine Bemerkung Mark Twains, der erzählte, daß die Insassen eines Ruderbootes, die auf einem See eines Tages ihre Orientierung im Nebel verloren hatten, ihre Schlagzahl erhöhten, um schneller vorwärts zu kommen.

Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, sich vertiefende regionale Ungleichheit und die Erosion repräsentativer Formen betrieblicher Interessenvertretung sind Ausdruck dafür, daß sich die Grundkonstellation des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gewandelt hat. Massenarbeitslosigkeit signalisiert den Verlust der Fähigkeit, neue Arbeitsplätze in ausreichendem Maße schaffen und die vorhandene Arbeit gerecht verteilen zu können. Weder der Staat noch die Gewerkschaften haben derzeit wirksame, politisch legitimierte Mittel, um die Dynamik von weltweiter Konkurrenz und Produktivitätssteigerung einzuhegen; und auch die Unternehmen selbst können diesen Prozeß nicht kontrollieren, geschweige denn ihn politisch vernünftig steuern. Regionen, die von den Wachstumsprozessen ihres Landes historisch ohnehin schon abgekoppelt waren, finden heute weniger denn je Anschluß an das durchschnittliche nationale Entwicklungsniveau. Ihr Vermögen, sich auf Neuerungen einzulassen, ist deutlich geringer als bei prosperierenden Landesteilen, und für eine Strukturpolitik, die kompensatorisch tätig würde, fehlt dem Sozialstaat inzwischen die Kraft. Und in dem Maße, wie sich die Arbeitsformen wandeln, laufen zudem auch repräsentative Formen der Interessenvertretung ins Leere. Der Zugriff auf die Arbeitskräfte, wie es neue Management-Konzepte fördern, fällt durch das traditionelle Kontroll- und Institutionenraster der betrieblichen Mitbestimmung durch.

⁸ Fritz W. Scharpf, Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift, 4/1991, S. 621-634; James I. Walsh, International Constraints and Domestic Choices, in: Political Studies, 1994, S. 243-258.

⁹ Claus Koch, Marktherrschaft, in: Merkur, 1/1993, S. 4.

Damit sind einige wenige Beispiele dafür angedeutet, daß sich das relationale Konstrukt „Gesellschaft“ grundlegend zu verändern begonnen hat.¹⁰ Damit wandelt sich jedoch auch die Ressource „Macht“, und zugleich nehmen jene Institutionen eine neue Gestalt an, in denen die Teilung der Gewalten bisher traditionell zum Ausdruck kam. Mit Blick auf die westeuropäischen Gesellschaften läßt sich feststellen, daß es das traditionelle „Kleeblatt der Macht“ schon nicht mehr gibt, bestehend aus den industriellen Sozial- und Verfassungsstaaten, aus der Großstadt und den urbanen Lebensstilen sowie aus den privaten Haushalten. Statt dessen haben sich „historische Zwischengrößen“ herausgebildet: Die Europäische Gemeinschaft hat sich zwischen die Staaten und die Weltgemeinschaft der Staaten geschoben und die nationale Souveränität des Sozialstaates in Frage gestellt, ohne freilich eigene Souveränitäts- und Legitimationsquellen zu besitzen; der Regionalisierungsprozeß hat sich zwischen die staatliche und die städtisch-kommunale Ebene geschoben und drückt sich in kleinen Prosperitätsregionen mit erfolgreichen handwerklichen, künstlerischen, kommerziellen oder industriellen Traditionen ebenso aus wie in ethnischen und kulturellen Regionen, die die bestehende Staatenbildung herausfordern; die Differenzierung der Lebensstile hat sich zwischen die Stadt und die privaten Haushalte geschoben und schafft fragmentierte Lebensstilenklaven ebenso wie fließende Armutszonen, krempelt *ganze* Stadtteile sozial-ästhetisch um und läßt betäubende vorstädtische Konglomerate zu; die Kultur- und Medienindustrie schließlich hat sich zwischen die privaten Haushalte und die Welt geschoben.¹¹

Die sogenannten „vier Freiheiten“, d. h. die Freiheit von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen, die gewöhnlich zur Verfügung stehen, reichen nicht aus, um einer zeitgemäßen Teilung der Gewalten Ausdruck zu geben. Europa hat entsprechende Institutionen (noch) nicht ausgebildet, und die bestehenden Institutionen, die in den Wohlfahrtsstaaten Westeuropas die sozialen Beziehungen regulieren, sind zu starr, unübersichtlich und unbeweglich, als daß sie den gegenwärtigen Anforderungen gerecht würden und adäquate politische Gestaltungsräume eröffneten. Deshalb muß nach neuen, flexibleren Formen der Regulation gesucht werden, und dabei geht es nicht bloß um eine Korrektur des Staats- und Marktversagens. Es geht vielmehr grundsätzlich darum, offenen gesellschaftlichen Prozessen einen konstitutionellen Rahmen zu geben, in dem sich ihre notwendigen Widersprüche, wie Marx gesagt hätte, bewegen können, da ihre Dynamik sie nur allzu leicht auseinanderreiben läßt, oder wie Martin Jänicke es formuliert hat: „Es geht hier im Grunde um ein Politikmodell jenseits von liberalem Laissez-faire und bürokratischem Staatsinterventionismus: um ein dezentralistisches und konsensbetontes Politikmodell, das den Zentralstaat auf strategische Aufgaben

10 Ian Hacking, *The Taming of Chance*, London 1990.

11 Hermann Schwengel, *Europäische Gewaltenteilung. Kosmopolis und Leviathan*. in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 82, Juni 1993. S. 118-126; ders., *Eine europäische sozialdemokratische Revolution*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 6/1994, S. 518 ff.

konzentriert und Detailregelungen stärker auf dezentrale Akteure verlagert."¹²

Bei der Suche nach neuen Regulationsformen am nationalen Rahmen festzuhalten, bietet kaum Aussicht auf Erfolg, denn es müssen auch Antworten auf die Globalisierungs- und Wettbewerbsproblematik gefunden werden. D. h. die sogenannten System-Imperative müssen kontrolliert und die Weltmarkt-Konkurrenz muß reduziert werden,¹³ will man sich die erforderlichen Handlungsspielräume und Experimentierzeiten verschaffen, um Alternativen zu entwickeln. Wenig sinnvoll wäre es jedoch ebenfalls, an die Stelle nationaler Zentralstaaten die Konstruktion eines europäischen Superstaates zu setzen. Dafür sind keinerlei Ansatzpunkte vorhanden, und es ist wohl Hermann Lübke darin zuzustimmen, daß es die Vereinigten Staaten von Europa nicht geben wird.¹⁴ Statt dessen wäre zu überlegen, ob nicht ein „weltweiter lokal gegründeter Föderalismus“¹⁵ langfristig praktikabler ist.

Von selbst läuft nichts

Schwäche und Machtverlust nationaler, zentralstaatlicher Politik kann nur dann als ein Schritt auf dem Weg zu Emanzipation und demokratischem Fortschritt angesehen werden, wenn sich zugleich Institutionen und Formationen ausmachen lassen, die sich sowohl dem Kult eines privaten Konsumismus als auch fundamentalistisch-nationalistischen Bewegungen entgegenstellen, die ihrerseits die „Machtlücke“ (Hermann Schwengel) zu füllen trachten, die die gesellschaftliche Entwicklung in wachsendem Maße aufreißt. An zwei Beispielen sollen entsprechende Tendenzen ein wenig genauer skizziert werden - entsprechend einer Maxime, die Joachim Schumacher vor fast sechs Jahrzehnten so formulierte: „Die Zukunft ist nicht ein Etwas unterm Horizont, das auf uns wartet. Die Zukunft sind wir, du, ich, und viele andere, unsere Müh' und Möglichkeit. Jeder von uns ist mitverantwortlich, trägt Schuld daran, daß die sogenannten Verantwortlichen', die verführten ‚Führer‘ und gesetzlosen ‚Herren‘ dieser Welt immer unverantwortlicher werden. Denn jeder von uns bestimmt mit seinen Taten oder Untaten, Meinungen und Verneinungen die Geschehnisse unserer Zeit und Zukunft. Die Zukunft aber ist kein Datum und Geschick, sondern eine Aufgabe und Verwandlung.“¹⁶

Erstes Beispiel: beteiligungsorientierte Formen des Arbeitsprozesses

Mit der Erosion herkömmlicher Strukturen industrieller Massenfertigung hat sich auch die Position der Arbeitskräfte zu wandeln begonnen. An die

12 Martin Jänicke, Staatsversagen und Dezentralisierung. Erwägungen zu einer langfristigen Strategie des ökologisch-ökonomischen Umbaus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1991, S. 1053-1063, hier S. 1059.

13 Riccardo Petrella, Le retour des conquerants, in: Le Monde diplomatique, Mai 1995, S. 20 f.; Groupe de Lisbonne, Limites de la competitivite, Paris 1995.

14 Hermann Lübke, Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben, Berlin 1994.

15 Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert, Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994.

16 Joachim Schumacher, Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Paris 1937, ND: Frankfurt/M. 1978, S. 21.

Stelle strikter Anweisungs- und Kontrollsysteme, eines Fabrikregimes, das die Beschäftigten in ihrem Handlungsraum einzuschnüren sucht, um sie als potentielle Störfaktoren auszuschalten, sind in einigen Bereichen inzwischen „neue Produktionskonzepte“ (Horst Kern/Michael Schumann) getreten, d. h. partizipativ-arbeitskraftzentrierte Managementkonzepte, die die Mitarbeiter gerade in ihrer Kompetenz, ihren Kenntnissen und ihrer Kreativität ansprechen wollen. Auch die „Lean Production“, die die Unternehmensorganisationen gegenwärtig „revolutioniert“, sie in kleinere, dezentrale Einheiten aufgliedert und in ihrem hierarchischen Aufbau abflacht, läuft im Kern darauf hinaus, das „elastische Potential“ der lebendigen Arbeit stärker zu nutzen und die Produktivität der Arbeitskräfte zu erhöhen, indem sie mehr als je zuvor an der Gestaltung und Ausführung des Arbeitsprozesses beteiligt werden.¹⁷ Im Gegenzug für die partielle Übernahme originär unternehmerischer Aufgaben und die Preisgabe informellen Produzentenwissens verspricht das Management mehr Verantwortung, interessantere Tätigkeiten, bessere Entlohnung sowie wettbewerbsfähige und damit sichere Arbeitsplätze.

Angesichts des wirtschaftlichen Drucks fallen diese Versprechen, die - nimmt man sie ernst - durchaus auf eine „Enttaylorisierung“ der Betriebe hinauslaufen könnten, nicht selten einem kurzfristigen Kostendenken zum Opfer. „Lean Production“ ist deshalb mittlerweile zum Synonym geworden für Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und stärkeren Arbeitsdruck. Sind die „neuen Produktionskonzepte“ insofern doch nicht mehr als nur verfeinerte Integrations- und Ausbeutungsmethoden der Unternehmer, die den Beschäftigten nur deshalb Vorteile vorgaukeln, damit sie ihnen auf den Leim gehen?

Eine schlichte Ablehnung der neuen, beteiligungsorientierten Arbeitsformen stieße jedoch nicht nur auf das Unverständnis vieler Beschäftigter, sondern überließe die konkrete Gestaltung des Produktionsprozesses darüber hinaus allein dem Management. Die Gewerkschaften könnten auf diese Weise keinen Einfluß darauf nehmen, daß die Basis ihrer betrieblichen Interessenvertreter weiter geschwächt, ihre Stellung immer stärker untergraben und sie ihrer Mitbestimmungs- und Kontrollrechte allmählich beraubt wird. Aber es gilt nicht nur, das Schlimmste zu verhindern; mehr noch gilt es, den sich öffnenden sozialen Raum näher auszuloten, Chancen gestalterischen Eingreifens zu nutzen und unter den veränderten Bedingungen am Arbeitsplatz Schritt für Schritt neue Machtpositionen aufzubauen, ohne Illusionen zu erliegen und die Grenzen der Beteiligung zu verkennen, die schon dadurch gezogen sind, daß über die Frage, was und wozu produziert wird, kaum verhandelt wird. „Co-Management“ bedeutet insofern keineswegs, die Interessen der Beschäftigten einer vermeintlichen betrieblichen Harmonie oder dem Prinzip der Sozialpartnerschaft zu opfern. Ausgehend von der Dialektik des Kapitalverhältnisses, das gleichermaßen Konsens wie Konflikt einschließt, versucht kritisches „Co-Management“ vielmehr, das einseitige

¹⁷ Hans Joachim Sperling, *Innovative Arbeitsorganisation und intelligentes Partizipationsmanagement*, Marburg 1994.

Gestaltungsmonopol des Managements aufzubrechen und die Formen und Bedingungen der Arbeit selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen.

Die Gewerkschaften sollten keine Scheu haben, die „neuen Produktionskonzepte“ aufzugreifen und dazu eigene Vorstellungen zu entwickeln. Sie bereiten sich damit den Boden für eine streitbare, partizipative und produktive Organisationskultur, die das asymmetrische Machtgefälle zwar nicht aufhebt, weder das interne Konfliktpotential stillstellt noch die Betriebe und Verwaltungen demokratisiert, aber den Beschäftigten wie auch den Gewerkschaften können durchaus neue Perspektiven eröffnet werden. Traditionell wurden nämlich gerade die Probleme der konkreten Arbeitsbedingungen, in denen die Prinzipien kapitalistischer Produktion unmittelbar zum Ausdruck kommen, aus dem Katalog gewerkschaftlicher Forderungen immer wieder ausgespart, um statt dessen darauf zu drängen, die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten außerhalb der Arbeit zu verbessern und sie für ihre Belastungen am Arbeitsplatz eher monetär zu entschädigen.

Eine gewerkschaftliche Politik, die sich damit nicht mehr begnügt, muß nicht nur größeres Zutrauen zur selbständigen Problemlösungskompetenz der Beschäftigten entwickeln, sondern versteht sich auch stärker als ein diskursiver Prozeß der Integration und Bündelung unterschiedlicher Interessen. Und in dem Maße, wie die Unternehmen umgestaltet werden, verändern sich schließlich auch die Beschäftigten. An Stelle des industriellen Massenarbeiters entsteht ein neuer Typus von Arbeitnehmern: „Dieser neue Arbeitnehmertypus ist (hoch-)qualifiziert, individualistisch orientiert, sozial kompetent, innovativ und entscheidungsfreudig und vor allem partizipationsorientiert und selbstvertretungsfähig.“¹⁸

Zweites Beispiel: regionale Strategien gegen Arbeitslosigkeit

Die gegenwärtig vorherrschende Strategie wendet sich nur indirekt dem Problem der Arbeitslosigkeit zu. D. h. es gibt die Fortschrittsbehauptung, daß auf dem Wege wirtschaftlichen Wachstums das Arbeitsmarktproblem gelöst werden kann. Allerdings sei dies nur möglich, wenn die „sozialstaatlichen Hindernisse“ beseitigt und den selbstregulativen Kräften des Marktes der Weg frei gemacht würden. „Kostenreduzierung“ und „Privatisierung“ lauten die Zauberworte in diesem Konzept. Sie lassen sich durchaus als ein Versuch der Einführung neuer regulativer Formen begreifen. Die Aufgaben unpersönlich-unverantwortlicher Verwaltungen sollen auf profitgesteuerte, eigeninitiative Akteure übertragen werden. Allerdings hat sich gezeigt, daß beide Fortschrittsannahmen problematisch sind: Wachstum ist per se nicht mehr beschäftigungsfördernd,¹⁹ und die Auffassung, daß die Privatisierung grund-

¹⁸ Hermann Kotthoff, Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München/Mering 1994, S. 335.

¹⁹ Horst Siebert, Geht den Deutschen die Arbeit aus? Neue Wege zu mehr Beschäftigung, München 1994, S. 15 ff.

sätzlich ein effektiveres und effizienteres wirtschaftliches Handeln ermöglichen, ist empirisch nicht nachweisbar.²⁰

Ebensowenig vermag der Sozialstaat aus der Klemme zu helfen. Der Sozialstaat sieht sich einer Finanz-, einer Selbststeuerungs- und Legitimationskrise gegenüber, die seine Handlungsfähigkeit beträchtlich einschränken. Die Finanzkrise ist nicht leicht zu beheben. Sie ist zum einen Produkt eben jener Massenarbeitslosigkeit, die der Sozialstaat beheben soll; zum anderen hängt sie in diesem Land maßgeblich mit der deutschen Vereinigung zusammen. Darüber hinaus sind aber die Ausgaben des Sozialstaates zu hoch. Der Sozialstaat vermag sich auch nicht durch ein deficit spending ohne weiteres Handlungsspielräume verschaffen. Denn (sozial-)staatliches Handeln ist legitimationsbedürftig, und da gibt es Probleme, die mit dem Bedeutungsgewinn von Lebensstilen und der Kritik sowohl an den Formen sozialstaatlicher Leistungserbringung wie an ihren Kosten zu tun hat. Aber die Kritik kommt auch von innen, von den Beschäftigten in den sozialstaatlichen Institutionen selbst. Sie hängt mit Selbststeuerungsproblemen des Sozialstaates zusammen. Institutionen produzieren nämlich fortlaufend unbeabsichtigte Nebeneffekte, und die Großinstitutionen, wie wir sie kennen, lassen sich nur unter sehr großen Schwierigkeiten reformieren, wie es der Versuch der Bildungsreform bereits in den sechziger und siebziger Jahren gezeigt hat.

Auf den Sozialstaat kann zwar nicht verzichtet werden, aber er wird nicht dieselbe Rolle einnehmen können wie zu seiner klassischen Hochzeit. So hat z.B. die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine zweite Bildungsreform angekündigt und eine entsprechende Initiative in ihrem Bereich begonnen. Dabei geht es ihr nicht um eine Privatisierung des Bildungssektors, sondern um Reformen in demokratisierender Absicht. Mit anderen Worten: Da die Probleme der Selbststeuerung dieses Sektors erkannt sind, soll der Weg eines ziellosen Ausbaus des Bildungssektors verlassen werden, um Vorschläge für seinen Umbau vorzubereiten. Was den öffentlichen Dienst betrifft, so arbeitet die Gewerkschaft ÖTV schon seit geraumer Zeit an einer Reform. Mit dem Großprojekt „Zukunft durch öffentliche Dienste“ ist schon vor Jahren der ehrgeizige Versuch gestartet worden, unter aktiver Beteiligung der Beschäftigten Konzepte zu entwickeln, die sowohl die Leistungsfähigkeit öffentlicher Verwaltungen erhöhen als auch einen Demokratisierungsprozeß der Institutionen einleiten können. Damit scheint nicht nur eine Antwort auf die Selbststeuerungsprobleme der Städte und Gemeinden gefunden worden zu sein. Gleichzeitig glaubt man, einen Hebel gefunden zu haben, um die Legitimationsprobleme gegenüber der Bevölkerung zu verringern, denn wenn die Reform der öffentlichen Verwaltung zur Konsequenz hat, daß sich die Beziehungen zur Klientel verbessern, nehmen auch Image und Zustimmung zur Kommune merklich zu.²¹

20 Frieder Naschold. *Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors*, Berlin 1993.

21 Leo Kießler/Jörg Bogumil/Elke Wiechmann, *Das kleine Rathaus. Kundenorientierung und Produktivitätssteigerung durch den Bürgerladen Hagen, Baden-Baden 1994.*

Nicht leichter ist es schließlich, eine Antwort auf das Problem der Finanzkrise zu finden. Wie unverzichtbar auch institutionelle Reformen für die Verringerung von Ausgaben sind, die Finanzkrise des Staates wird sich nicht lösen lassen, solange es nicht gelingt, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Dazu reicht die bloße Steigerung des Wirtschaftswachstums schon seit langem nicht mehr aus. Selbst wenn man die These der Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung nicht teilen mag, wird man die Tatsache registrieren müssen, daß auch durch einen Aufschwung der Sockel der Arbeitslosigkeit immer weniger abgetragen wird. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, daß neben die ökonomische Expansion eine differenzierte Politik der Arbeitszeitverkürzung tritt.

Aber damit nicht genug. Die gewünschte Wirkung wird eine solche Strategie wohl nur dann entfalten können, wenn sie regionale Bezüge berücksichtigt und stark macht. Hier bietet sich die Chance, die Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit der zur Überwindung regionaler Ungleichheit zu verknüpfen. Allerdings reicht es nicht, mit den traditionellen Formen regionaler Strukturpolitik fortzufahren. Wenn die Rede von einer neuen Gewaltenteilung Sinn macht und der Region ein erheblicher Anteil daran zukommen soll, muß die Region auch ein Ort der Gewaltenschöpfung sein. Das hätte nicht nur zur Konsequenz, daß man sie mit mehr Kompetenzen ausstattet und sie zum politischen Sitz einer neuen Ordnungspolitik macht, sondern auch, daß neue Formen der Kooperation möglich werden, ginge es doch darum, „regionale Partnerschaften“ zu entwickeln, in denen neben Gewerkschaften, Unternehmen und dem Staat auch andere wichtige Gruppen vertreten wären. Entscheidend ist, daß bei dieser Art von regionaler Strukturpolitik nicht halt gemacht wird. Sie kann Ausgangspunkt und Anstoß für eine Politik der Regionalisierung in einem umfassenden Sinne sein, denn es besteht keine Notwendigkeit, „Region“ und „Stadt“ nur als formales sozialpolitisches Verfahren aufzufassen und nicht auch als gesellschaftlicher Raum für die Aktivität der Bürger.²²

Mit sanfter Beharrlichkeit

Wenn der Staat Aufgaben frei gibt, können neue Regelungsbereiche entstehen, die die sogenannten „pouvoirs intermediaires“, die gesellschaftlichen Zwischengewalten, aufwerten. Dies könnte auch für die Gewerkschaften zu mehr Kompetenzen und Verantwortung führen.²³ Allerdings wird ihnen diese Rolle nicht in den Schoß fallen, und ob sie tatsächlich in der Lage sind, sie künftig einzunehmen, ist weniger eine Frage der Programmatik als die einer ebenso reflektierten wie praktischen Politik. Gewerkschaften, die sich bislang darin gefielen, angesichts von Modernisierungsprozessen „Nein“ zu sagen,²⁴ müßten vor allem neue Praxisformen entwickeln, hätten nicht nur

22 Dieter Hoffmann-Axthelm, *Die dritte Stadt*, Frankfurt/M. 1993, S. 49 f.

23 John Kean, *Democracy and Civil Society*, London 1988; Stephen Silvia, *Between Pattern and Participation: German Industrial Relations since 1980*, vervielf. Typoskript 1995.

24 Lorenz Schwegler, Statement, in: Peter Kühne/Klaus-W. West (Anm. 5), S. 251-256.

„im Arbeiter den Glauben an sich selbst, an seine Kraft," hätten nicht nur „seinen Willen zur Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände zu stärken",²⁵ sondern darüber hinaus Aufgeschlossenheit und Experimentierfreude bei ihnen zu fördern. Politik fiele dann nicht mehr allein mit der Widerstandsoption zusammen, paßte sich aber ebensowenig opportunistisch den jeweiligen Gegebenheiten an.

Gemeinsame, handlungsrelevante Interessen sind nicht schon durch die Gegnerschaft zum Kapital gegeben oder können als gewerkschaftliche Einheit den einzelnen Mitgliedern immer schon vorausgesetzt werden; sie bilden sich in Aushandlungsprozessen zwischen den beteiligten Akteuren heraus, durch Bündelung heterogener Interessen, im Abwägen unterschiedlicher Optionen oder nach Bildung eines Kompromisses zwischen konfligierenden Interessen. Dieser Prozeß ist hochgradig deutungs- und kommunikationsabhängig, und der immer wieder neu herzustellende Konsens stellt eine kreative Leistung dar, die in den Gewerkschaften bis heute wenig geübt ist. Es käme deshalb darauf an, regulative oder gestaltende Kompetenzen zu gewinnen. Das läuft auf einen neuen Habitus der Gewerkschafter hinaus. Die starken gewerkschaftlichen Tugenden der Zivilcourage und des Solidaritätssinnes müßten eine neue Verbindung mit der politischen Urteilskraft und einem sozialen Selbstbewußtsein eingehen. Der allwissende und allmächtige Multifunktionär, der stellvertretend für alle handelt, hätte ausgedient. „Gefragt sein wird dagegen ein ‚neuer‘ Funktionärstyp, der vor allem über soziale Kompetenzen verfügt und in der Lage ist, Aufgaben zu delegieren und das Erfahrungswissen der Beschäftigten zu organisieren."²⁶

Wenn sich Gewerkschaften dazu entschließen sollten, der Regionalisierung als einer politischen Kategorie stärker Rechnung zu tragen, würde diese Haltung schneller virulent als erwartet. Denn regionale Interessenabstimmung mit Unternehmen, Staat, Kirchen und Bürgerinitiativen wäre ein neuer und äußerst mühsamer, jedoch ausgesprochen lohnenswerter Prozeß.²⁷ Es käme dabei nicht nur auf ein stringent herausgearbeitetes regionalspezifisch-strukturpolitisches Konzept an. Ebenso wichtig wäre eine nicht-reduktionistische Haltung, d. h. die Fähigkeit, darauf verzichten zu können, Neues auf alte Formen zu bringen. Worauf es ankäme, wäre eine extreme Aufmerksamkeit für das Neue, wie auch auf eine neue Kultur der Kooperation nicht verzichtet werden kann. Gewerkschaften oder Unternehmer dürften in diesem Prozeß nicht mit „der ganzen Sohle" (Lion Feuchtwanger) auftreten; dies wäre die falsche Form des Selbstbewußtseins. Unabdingbar wäre eine offene und gelassene Haltung, eben jene „sanfte Beharrlichkeit" (Walter Fabian), die in den Gewerkschaften noch viel zu wenig Tradition hat.

25 Walter Fabian, *Mit sanfter Beharrlichkeit, Ausgewählte Aufsätze 1924-1991*, hrsg. und eingel. von Anne-Marie Fabian und Detlef Hensche, Frankfurt/M. 1992, S. 95.

26 Jörg Bundesmann-Jansen/Joke Frerichs, *Neuorientierung gewerkschaftlicher Betriebspolitik*, in: *WSI-Mitteilungen*, 8/1993, S. 528.

27 Detlev Albers u. a., *In der Region für die Regionen Europas, Über die Aneignung eines neuen gewerkschaftlichen Arbeitsfeldes, Abschlußbericht Projekt EUREG*, Bremen, November 1994, S. 436 sowie den Aufsatz von Albers zu diesem Heft.